Niederschrift über

die 9. öffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Ilsenburg (Harz) am 18.11.2020 um 18:00 Uhr in der Harzlandhalle in Ilsenburg, Harzburger Str. 24 a

Anwesend:

Jens-Peter Mischler	Vorsitzender
Melanie Böttcher	1. Stellvertreterin
Berthold Abel	Mitglied
Ralf Ackmann	Mitglied
Maik Albrecht	Mitglied
Nadine Bartkowiak	Mitglied
Karl Berke	Mitglied
Hans-Jürgen Bley	Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion
Martina Dähnn	Mitglied
Katarina Doll	Mitglied
Florian Fahrtmann	Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion
Walter Göhler	Mitglied
Dr. Peter Höhne	Mitglied
Marc Hotopp	Mitglied
Andre Lüderitz	Fraktionsvorsitzender Fraktion DIE LIN- KEN/DIE GRÜNEN
Jan Oppermann	2. Stellvertreter
Frank Reinecke	Mitglied
Rosemarie Römling-Germer	Mitglied
Stephan Schädel	Mitglied
Mike Schröder	Mitglied
Denis Loeffke	Bürgermeister
Birgit Krietsch	Schriftführer
Silke Schulz	Leiterin FB Innere Ver- waltung
Ute Schwager-Löwe	Leiterin FB Ordnung und Bauen
Stefanie Schneckner	Verwaltung
Gäste:	SALEG
Herr Krüger	GS Darlingerode
Frau Wilde	GS Ilsenburg
Herr Martin	
Einwohner	

Öffentlich

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende eröffnet um 18.03 Uhr die 9. Öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Es folgt die Begrüßung der Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates, der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Göhler beantragt, den Tagesordnungspunkt 10.24 über seinen Antrag, zur Überarbeitung der Bürgerumfrage zur Versorgungslage und zur Verbesserung der Infrastruktur im Ortsteil Drübeck, abzusetzen.

In der letzten Sitzung des Ortschaftsrates wurde erneut darüber beraten und durch den Bürgermeister zugesichert, dass sich die Verwaltung dem Thema annehmen wird. Daher zieht er seinen Antrag zurück.

Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 4

Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 23. 09. 2020

Es liegen keine Anträge und Hinweise vor, so dass die Niederschrift mehrheitlich genehmigt wird.

TOP 5

Bekanntgabe der Beschlüsse des beschließenden Ausschusses sowie in nicht-öffentlicher Sitzung des Stadtrates gefassten Beschlüsse

Es folgt die Bekanntgabe durch den Vorsitzenden des Stadtrates:

Sitzung Stadtrat vom 23. 09. 2020

Beschluss 7.101/2020

Vereinheitlichung der Gebührengelände des Wasser- und Abwasserverbandes Holtemme-Bode

Beschluss 7.111/2020

Verkauf einer ca. 4256 qm großen Gewerbe-

fläche im Industriepark Ilsenburg

Beschluss 7.093/2020	Verkauf der Flurstücke 25/2 und 25/4 der Flur 2 Gemarkung Ilsenburg
Beschluss 7.095/2020	Verkauf einer ca. 73 qm großen Teilfläche Flurstück 624/170, Flur 4 Gemarkung Drübeck
Beschluss 7.094/2020	Tauschvertrag über Teilflächen der Flurstücke 624/170 und 239 der Flur 4 Gemarkung Drübeck
Beschluss 7.096/2020	Verkauf einer ca. 50 qm großen Teilfläche des Flurstücks 624/170, Flur 4 Gemarkung Drübeck

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Der Stadtratsvorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde mit dem Hinweis, dass es für die anwesenden Gäste die einzige Möglichkeit ist, sprechen zu dürfen. Themen der Tagesordnung sind entsprechend der Kommunalverfassung von Anfragen und Hinweisen ausgeschlossen.

Eine Bürgerin der Harzburger Straße 17 meldet sich zu Wort und betont, dass sie den Ausbau der Blauen-Stein-Straße mit Freude zur Kenntnis genommen hat. Hier konnte für die Anlieger ein guter Kompromiss zu den Kosten gefunden werden. Für die Anlieger der Harzburger Straße war ein solcher Kompromiss nicht möglich. Hier wurde die Satzung zu Grunde gelegt. Für ihre Familie bedeutet das eine Kostenbeteiligung in Höhe von 40 T€. Auch gerade für Rentner sind die finanziellen Belastungen hoch.

Ihre Frage richtet sich daher darauf, warum die beiden Straßen unterschiedlichen Abrechnungen unterzogen worden sind. Sie bittet den Stadtrat, hierzu den Sachverhalt zu prüfen und eine Gleichbehandlung vorzunehmen.

Der Bürgermeister schildert, dass es sich um 2 unterschiedliche Sachverhalte handelt. So handelt es sich im Fall der Harzburger Straße um eine Neuerschließung. Für die Herstellung der Straßenoberfläche in der Blauen-Stein-Straße wurden zivilrechtliche Regelungen getroffen. Diese werden näher erläutert. Eine grundsätzliche Neuerschließung der Straße wurde durch den Stadtrat abgelehnt.

Der Bürgermeister erläutert die Unterschiede zwischen Straßenausbau und Straßenschließung.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Fragestunde wird geschlossen.

TOP 7**Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten, Ausführung gefasster Beschlüsse und Eilentscheidungen**

Es folgt die Berichterstattung durch den Bürgermeister. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

TOP 8**Anfragen und Anregungen der Stadträte**

Herr Dr. Hoehne verweist auf seinen Antrag, den Ilsenburger Weihnachtsmarkt in diesem Jahr abzusagen.

Der Bürgermeister informiert, dass zum heutigen Stand der Weihnachtsmarkt noch nicht abgesagt worden ist. Die Lage wird weiter beobachtet.

Derzeit konnten in Ilsenburg keine weiteren Erkrankungen auf Grund von Corona festgestellt werden.

Von einer Privatperson ist die Idee entstanden, eine Hüttenweihnacht auf dem Gelände der ehemaligen Stolberg Hütte zu veranstalten.

Zurzeit sind die Festlegungen der Bundesregierung abzuwarten.

Herr Dr. Hoehne verweist auf seinen Antrag und bittet darüber abzustimmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag zu spät eingereicht worden ist und daher nicht zur Abstimmung gestellt werden kann.

Der Bürgermeister befindet es als gut, den Antrag wenigstens als Hinweis mit aufzunehmen.

Herr Dr. Hoehne spricht die Beleuchtung auf dem Sportplatz 2 an. Diese brennt bis in den späten Abend.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Kosten hierfür nicht durch die Stadt getragen werden.

Ziel war es, eigentlich die Flutlichtanlage zu verbessern.

Herr Lüderitz nennt folgende Probleme:

Kloster Ilsenburg es finden keine Kontrollen auf dem Parkplatz statt, für Besucher besteht keinerlei Durchgangsmöglichkeit
Weg wurde zwar ausgebaut, aber es sind keine Bänke vorhanden, und Beschilderungen fehlen,
am Wochenende wurde Holzeinschlag betrieben, wieviel Geld nimmt die Stadt auf den eigenen Flächen ein?

Wie sieht es in diesem Jahr mit der Weihnachtsbaumbeleuchtung aus. Der Antrag von Herrn Dr. Hoehne spricht dafür, dass mit den Fraktionsvorsitzenden hierzu Abstimmungen erfolgen sollten. Eine Entscheidung durch den Bürgermeister im All-eingang sollte es nicht geben.

Die Zufahrt zur Radsatzfabrik erfolgt immer noch nicht über die Ledebur-Brücke.

Zum Bahnhof möchte Herr Lüderitz wissen, ob alle Zahlungen durch den jetzigen Pächter erfolgt sind und ob die Bauvorhaben angemeldet sind.
Der Pipental ist weiter eingerüstet und die Beleuchtung in Richtung Kirschberg/Harzlandhalle ist dunkel.

Der Bürgermeister nimmt zu den Anfragen und Hinweisen wie folgt Stellung:
Die Parkfläche im Bereich Kloster befindet sich in Privateigentum.
Der freie Durchgang zum Kloster wird geklärt.
Der Waldweg ist noch nicht fertig gestellt. Die Beschilderung wird in Absprache mit dem Harzklub erfolgen.
Zum Holzeinschlag ist im Moment keine Aussage möglich.
Zum Baumschmuck sind keine Einschränkungen vorgesehen.
Zur Durchführung eines Weihnachtsmarktes sind Abstimmungen mit den Fraktionsvorsitzenden ausschließlich erwünscht.
Zur Problematik Zufahrt zum Radsatz ist für Dezember ein Gespräch mit dem GF des Bochumer Vereins vorgesehen.
Zur Problematik Pipental sind beim Neuaufbau Kosten in Höhe von ca. 15 T€ zu erwarten, auf Grund der ungenügenden Standfähigkeit. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.
Die Beleuchtung Kirschberg/Harzlandhalle muss geprüft werden.

Herr Fahrtmann fragt nach, ob die Veränderungssperre weiterhin gültig ist.
Dies wird vom Bürgermeister bejaht.

TOP 9

Bekanntgabe über das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes für die zu behandelnden Tagesordnungspunkte durch die Mitglieder des Stadtrates

Es liegen keine Mitwirkungsverbote vor.

TOP 10

Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten öffentlichen Verhandlungsgegenstände

TOP 10.1

Vorlage 7.140/2020

Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Ilsenburg (Harz) für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich Finanzplan bis 2024 sowie Erörterung des Beteiligungsberichtes 2021

Gemäß § 100 KVG LSA hat die Stadt Ilsenburg (Harz) für jedes Jahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Die Verwaltung hat die entsprechenden Bestandteile erarbeitet und legt diese dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Die Haushaltssatzung gliedert sich in Ergebnisplan (Erträge und Aufwendungen), Finanzplan (Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit, sowie aus Finanzierungstätigkeit).

Verpflichtungsermächtigungen für künftige Haushaltsjahre, Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen und der Höchstbetrag für Liquiditätskredite werden ebenfalls dargestellt.

Der Haushalt ist im Ergebnisplan auszugleichen, d. h. die Erträge müssen die Höhe der Aufwendungen erreichen.

Dieses Ziel konnte mit enormen Anstrengungen erreicht werden.

Der Höchstbetrag für Liquiditätskredite wird auf 4.000.000 EUR festgesetzt. Da dieser Betrag ein Fünftel der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit übersteigt, ist dieser genehmigungspflichtig.

Eine Kreditaufnahme für Investitionen bzw. Investitionsfördermaßnahmen ist für 2021 nicht geplant. Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 8.345.500 EUR sind eingestellt.

Der Beteiligungsbericht für 2021 wird gleichzeitig vor dem Stadtrat gemäß §130 KVG LSA erörtert. Eine Beschlusspflicht ergibt sich hierfür nicht.

Der Bürgermeister führt in die Vorlage ein.

Erschwerend in 2021 sind der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen sowie die Verringerung der Landeszuweisungen.

Problematisch sind auch die Einzahlungen in den „Topf“ für finanzschwache Kommunen, die auf Grund der guten Steuereinnahmen in 2021 zu leisten sind.

Straßenausbaumaßnahmen sind für 2021 nicht vorgesehen. Hierzu sind mögliche Förderungen abzuwarten.

Es wurden außerdem mehrere Maßnahmen auf mehrere Jahresscheiben gestreckt, z. B. die Anschaffung des Feuerwehrfahrzeuges.

Mit dem Grundstücksverkauf „Apfelweg“ und weiterer kleinerer Grundstücke konnte der Haushaltsausgleich erreicht werden.

Der Bürgermeister bittet die Stadträte, das alles mitzutragen.

Er informiert über den Änderungsantrag des Finanzausschusses, die Pos. 17 „Beschaffung eines Fahrzeuges für die Wasserwehr“ aus dem Haushaltsentwurf zu streichen.

Nach der Sitzung des Hauptausschusses und dem dortigen Meinungs austausch zum Anbau an die GS Darlingerode wurde empfohlen, für die Pos. Neubau/Anbau GS Darlingerode zusätzlich 100 T€ für den Spielplatz der Kita in den Haushalt mit aufzunehmen. Der entsprechende Änderungsantrag liegt vor.

Die Diskussion wird eröffnet.

Herr Fahrtmann erinnert daran, dass er in der Sitzung des Ortschaftsrates Darlingerode gefordert hatte, die zu Grunde liegenden Begründungen für die Höhergruppierung von Stellen noch nachzureichen. Das ist leider nicht erfolgt.

Herr Bley führt aus, dass ein ausgeglichener Haushalt im Landkreis Seltenheit hat.

In den Ausschüssen fanden intensive Beratungen statt.

Coronabedingte Einschnitte sind möglich.

Mit Zustimmung zum Haushalt ist die Verwaltung handlungsfähig und Maßnahmen können ausgeführt werden.

Herr Lüderitz richtet seinen Dank an Frau Schulz und ihr Team, die in Kürze einen Haushaltsentwurf erarbeitet haben.

Seine Fraktion sieht sich darin bestätigt, dass die für den HH 2020 eingebrachten Änderungsanträge jetzt in 2021 greifen.

Der vorliegende Entwurf zeigt sich optimistisch, obwohl der Ausgleich nur durch den Grundstücksverkauf gesichert werden konnte.

Seine Fraktion wird heute keine Änderungsanträge einbringen, da diese durch die BM-Fraktion sowieso keine Beachtung finden werden.

Seine Fraktion wird sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Als weitere Gründen hierfür nennt er die Finanzplanung bis 2024, es wird problematisch Maßnahmen ohne finanzielle Sicherungen durchzuführen.

Kritisch ist für ihn auch der weitere Ausbau der Karlstraße und der Kastanienallee.

Auf Grund der fehlenden Einnahmen durch Ausbaubeiträge liegt alles auf Eis.

Die im HH ausgewiesenen 250 T€ für die GS Darlingerode bezeichnet er als nicht ausreichend.

Ebenso wird die Finanzierung des Aufzugs für die Verwaltung schwierig werden.

Den Änderungsantrag des Finanzausschusses hält er für falsch, da das Fahrzeug zu 80% gefördert wird.

Herr Fahrtmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Lüderitz an und teilt mit, dass er sich ebenfalls bei der Abstimmung enthalten wird.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag des Finanzausschusses:

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

7 Enthaltungen -Antrag angenommen-

Es folgt die Abstimmung zum Antrag des Hauptausschusses:

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen -Antrag angenommen-

Es folgt die Abstimmung zum Haushalt, einschließlich der Änderungen:

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2021. Die Genehmigung der Erhöhung des Liquiditätskredites auf 4.000.000 EUR wird beantragt.

Zugleich wird der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates

21 davon anwesend

12 Ja-Stimmen

- Nein-Stimmen

9 Enthaltungen

- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.2**Vorlage 7.125/2020****Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung der kommunalen Jahresabschlüsse**

BE: Bürgermeister

Das Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt hat einen Erlassentwurf erarbeitet, der Erleichterungen für die fehlenden doppisch zu erstellenden Jahresabschlüssen der Kommunen vorsieht. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass alle Kommunen effizient und rechtskonform schnellstmöglich über einen aktuellen verwertbaren Jahresabschluss verfügen und damit in die Lage versetzt werden sollen, diesen zukünftig gemäß § 118 KVG LSA vollumfänglich zu erstellen. Der Erlassentwurf ist als Anlage beigefügt. Der Erlassentwurf soll nach Auskunft der kommunalen Spitzenverbände bis Ende Oktober 2020 veröffentlicht werden. Um eine Beratung in den Gremien zu ermöglichen, wird zunächst der Erlassentwurf der Beschlussvorlage beigefügt.

Die jeweilige Anwendung der einzelnen genannten Erleichterungen sowie der Umsetzungsplan sind nach den vorgesehenen Bestimmungen von der Vertretung zu beschließen. Problematisch ist, dass einerseits der Erlassentwurf noch nicht in Kraft getreten ist und andererseits sehr kurze Zeitspannen vorgesehen sind. Nach den vorgesehenen Regularien müssten bis zum 31.12.2021 alle Jahresabschlüsse von 2014 bis 2020 nachgeholt und dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt werden. Der Jahresabschluss 2021 soll dann vollständig zum 30.04.2022 erstellt sein. Auch die Genehmigung der Haushaltssatzung ab 2023 soll von den Jahresabschlüssen abhängig gemacht werden.

Die Erstellung von sieben Jahresabschlüssen bis zum 31.12.2021 für die Stadt Ilsenburg (Harz) erscheint kaum möglich. Die kommunalen Spitzenverbände drängen auf eine Verlängerung der Frist bis zum 31.12.2022. Als ersten Schritt sollten dennoch aus Sicht der Verwaltung die Erleichterungen bereits jetzt - vorbehaltlich des Inkrafttretens des Erlasses und der notwendigen Abstimmungen mit dem Rechnungsprüfungsamt - durch die Vertretung beschlossen werden. Unter Umständen könnten sonst weitere Verzögerungen auftreten. Sobald eine Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt erfolgt ist, soll zudem ein Umsetzungsplan erarbeitet werden. Dieser ist dann ebenfalls von der Vertretung zu beschließen.

Im Wesentlichen sollten für die Jahre 2014 bis 2020 alle vorgeschlagenen Erleichterungen laut Erlassentwurf genutzt und auf Folgendes verzichtet werden:

- a) Körperliche Bestandsaufnahmen nach § 33 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 Satz 2 KomHVO.
- b) Außerplanmäßige Ab- und Zuschreibungen gemäß § 40 Abs. 3 KomHVO
- c) Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten gemäß § 42 i.V.m. § 46 Abs. 3 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 5 KomHVO mit Ausnahme der mehrjährig aufzulösenden Posten (z.B. Friedhofsgebühren).
- d) Bildung und Buchung von Rückstellungen gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3 bis 6 i.V.m. § 46 Abs. 4 Nr. 3 KomHVO. Dies gilt nur für die Rückstellungen, deren Inanspruchnahme innerhalb der Haushaltsjahre mit verkürztem Jahresabschluss erfolgt.
- e) Umgliederung von sogenannten kreditorischen Debitoren und debitorischen Kreditoren und Mitzugehörigkeitsvermerke gemäß § 41 Abs. 3 KomHVO.

f) Aufstellung der nicht bilanzierten Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre gemäß § 36 KomHVO.

g) Dokumentation von Teilrechnungen gemäß § 45 KomHVO.

h) Erstellung eines Anhangs gemäß § 118 Abs. 2 Nr. 4 KVG LSA i.V.m. § 47 KomHVO sowie eines Rechenschaftsberichts gemäß § 118 Abs. 3 KVG LSA i.V.m. § 48 KomHVO. Hier soll für die Stadt Ilsenburg (Harz) alternativ für jeden verkürzten Jahresabschluss ein Anhang mit der Erläuterung der wesentlichen Posten und ein Rechenschaftsbericht mit der Darstellung der wesentlichen Geschäftsvorfälle und Entwicklungen und damit in komprimierter Form gesondert erstellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Lüderitz zum Zeitablauf der Umsetzung erklärt Frau Schulz, dass noch kein konkreter Zeitablauf zu nennen ist.

Erst nach Beschlussfassung durch den Stadtrat kann dazu Rückfrage beim Rechnungsprüfungsamt erfolgen.

Der Stadtrat wird dann rechtzeitig informiert.

Frau Schneckner verlässt die Sitzung.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat beschließt die genannten Erleichterungen bei der Erstellung der Jahresabschlüsse 2014 bis 2020 unter dem Vorbehalt, dass der Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt in Kraft tritt und das Rechnungsprüfungsamt den Erleichterungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
  - **Nein-Stimmen**
  - **Enthaltung**
  - **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.3

Vorlage 7.134/2020

Beschluss über die Weiterführung der Planung bezogen auf die vorliegenden Projektideen für die Erweiterung der Grundschule im Ortsteil Darlingerode

BE: Bürgermeister

Im Juli 2020 wurden 3 Planungsbüros mit der Aufgabenstellung angefragt, Projektideen für die Erweiterung der Grundschule „Thomas Mann“ zu erarbeiten.

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 17. 09. 2020 wurden vom

Planungsbüro Kirchner + Przyborowski Magdeburg,

Büro Planungsring Wernigerode und dem

Planungsbüro Stegmann und Partner Quedlinburg die erarbeiteten Projektideen vorgestellt.

Die vorliegenden Konzepte bedürfen einer Auswertung anhand einer entsprechenden Bewertungsmatrix. Die vergleichende Betrachtung orientiert sich an der Nutzung

in Verbindung mit dem Bestandsgebäude, den Flächenverhältnissen, gestalterischen Qualitäten und Kosten.

Mit der Erarbeitung der Bewertung bzw. des Variantenvergleichs wurde die SALEG Magdeburg beauftragt.

Ziel ist es, das schlüssigste Konzept herauszufiltern, um somit eine Grundlage für weitere Entscheidungen zu schaffen.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 12. 11. 2020 und im Stadtrat am 18. 11. 2020 wird der Variantenvergleich vorgestellt.

Gleichzeitig soll beschlossen werden, mit welcher Projektidee der weitere Planungsprozess fortgeführt wird.

Der Bürgermeister informiert zum Änderungsantrag des Hauptausschusses mit folgendem Wortlaut:

Der Hauptausschuss beantragt die Ergänzung des vorliegenden Beschlussvorschlages. Dieser soll nunmehr lauten:

Beschlussvorschlag:

„Bezugnehmend auf die Auswertung der Projektideen für die Erweiterung der Thomas-Mann-Grundschule Darlingerode wird festgelegt, dass das Projekt des Büros `Kirchner & Przyborowski Diplomingenieure Architekten BDA PartGmbb` als Grundlage für die weitere Planung dienen soll.“

Der Bürgermeister führt aus, dass Herr Krüger bei Bedarf weitere Erläuterungen geben kann.

Herr Fahrtmann informiert, dass seine Fraktion dem Antrag des Hauptausschusses folgt. Er schlägt vor, diesen Antrag dahingehend zu erweitern, dass auch die Planung der Außenanlage im Gesamten mit darzustellen ist.

Die einzelnen Leistungsstufen, so der Bürgermeister, könnten durch Frau Schwager-Löwe erläutert werden.

Frau Schwager-Löwe sieht keine Probleme, die Planung mit einzubeziehen.

Herr Fahrtmann bittet, nachhaltig alle Kosten im Protokoll mit zu erfassen.

Herr Mischler verweist auf die nächste Sitzung des Stadtrates. Hier können Anträge dazu eingebracht werden,

Herr Hotopp empfiehlt, auch die Kosten vom Büro Planungsring Wernigerode ermitteln zu lassen.

Herr Mischler betrachtet das als schwierig und Frau Schwager-Löwe gibt den Hinweis auf zusätzlich anfallende Kosten, falls zwei Projekte beauftragt werden.

Herr Lüderitz sieht weitere Änderungen negativ für den Haushalt. So sind die Kosten für die Sanierung und Kosten für die Außenanlagen nicht im HH eingestellt. Unklar ist daher, wie die Umsetzung erfolgen soll.

Frau Schulz erläutert die Finanzierung und informiert, dass der Innenausbau im Altgebäude erst in den nächsten Jahren erfolgen wird. Vorerst sind nur der Anbau und die Außenanlagen eingeplant.

Herr Bley ergänzt, dass dahingehend auch der Hauptausschuss entschieden hat.

Herr Oppermann gibt zu bedenken, den Beginn einer Maßnahme auch entsprechend gut zu Ende zu bringen und alles Ganzheitlich zu sehen.

Er bittet es als Gesamtheit zu betrachten und bei der Abstimmung mit zu berücksichtigen.

Herr Hotopp beantragt, beide Planungsbüros aus Wernigerode und Magdeburg zu beauftragen, für die Sanierung Schulhof/Spielplatz und Anbau, die Kosten ermitteln zu lassen. Erst dann sollte der Stadtrat entscheiden.

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen   -Antrag abgelehnt-**

**Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag des Hauptausschusses:
Abstimmungsergebnis: 16 ja-Stimmen
5 Enthaltungen   -Antrag angenommen-**

Es folgt die Abstimmung zur Vorlage:

Beschlussfassung:

Bezugnehmend auf die Auswertung der Projektideen für die Erweiterung der Thomas Mann Grundschule Darlingerode wird festgelegt, dass das Projekt des Büros Kirchner & Przyborowski Mageburg als Grundlage für die weitere Planung dienen soll.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 17 Ja-Stimmen**
- Nein-Stimmen**
- 4 Enthaltungen**
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

Herr Krüger verlässt die Sitzung.

TOP 10.4

Vorlage 7.103/2020

Änderung der Schulbezirke der Stadt Ilsenburg (Harz)

BE: Bürgermeister

Aktuell werden in Darlingerode 136 Kinder in 7 Klassen unterrichtet. Die in der Anla-

ge dargestellten Schülerzahlen sagen aus, dass ab dem Schuljahr 2021/2022 eine ordnungskonforme Beschulung mit 8 Klassen nicht mehr möglich ist. Die Konsequenz stellt sich wie folgt dar:

§ 64 Abs. 1 SchulG LSA:

„Die Schulträger haben das Schulangebot und die Schulanlagen im erforderlichen Umfang vorzuhalten, mit der notwendigen Einrichtung auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten sowie unter Berücksichtigung der Ziele der Schulentwicklungsplanung aufzuheben oder einzuschränken.“ Der Schulträger hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Schüler im Gemeindegebiet ordnungskonform beschult werden. Passen nicht alle Schüler in ein Schulgebäude, ist eine bestimmte Anzahl von Schüler (in Form von ganzen Klassen) an einem anderen Schulstandort (hier GS Ilsenburg) zu beschulen. Das bedeutet, dass auch Kinder aus dem OT Darlingerode die GS in Ilsenburg besuchen müssten. Unzumutbare Schulwegzeiten im Stadtgebiet Ilsenburg liegen nicht vor.

Um dieses Szenario zu verhindern, wird vorgeschlagen die Kinder aus Drübeck auslaufend ab dem nächsten Schuljahr in Ilsenburg zu beschulen.

In diesem Fall würden sich ab dem Schuljahr 2021/22 die Schülerzahlen der GS Darlingerode jährlich bei ca. 100 einpendeln. Es würde sich eine Einzügigkeit mit dann 4 Klassen ergeben (siehe Berechnung).

Fachunterrichtsräume könnten wieder entsprechend voll genutzt werden. Auch die Situation im Hortbereich würde sich erheblich entspannen. Eine Gefährdung der Bestandsfähigkeit ist lt. den aktuell vorliegenden Einwohnerdaten nicht zu erwarten. Die Mindestschulgröße liegt nach der derzeitigen Gesetzeslage bei 60 Schülern pro Grundschule. ÖPNV-Anbindung von Drübeck nach Ilsenburg ist bereits vorhanden. Die Aufnahme von zusätzlichen Schülerinnen und Schülern am Standort Ilsenburg lässt die räumliche Situation zu. Mit der Aufnahme der Drübecker Kinder werden künftig 10 bis 11 Klassen gebildet (Aufwuchs von 2-3 Klassen).

Vorteile Schulbezirke:

- Zielerreichung des Schulträgers einer ordnungskonformen Beschulung der Schüler*innen in den tatsächlich vorhandenen Räumlichkeiten (Entlastung) gegeben
- Planungssicherheit der Schulträger
- geringes Prozessrisiko, da Ausnahmeanträge über LSchA laufen

Welche Auswirkungen die dann geringeren Schülerzahlen auf zukünftige Fördermittelprogramme haben könnten,

kann von Seiten der Stadt Ilsenburg noch nicht eingeschätzt werden.

Eine weitere Variante wäre die Freigabe von Schulbezirken. Dann wäre die Sachlage folgendermaßen:

§ 41 SchulG LSA:

Abs. 1a: „Die Schulträger können mit Zustimmung der Schulbehörde ganz oder teilweise auf die Festlegung von Schulbezirken verzichten. Soweit keine Schulbezirke festgelegt werden, haben Schülerinnen und Schüler eine Schule im Gebiet des Schulträgers zu besuchen, in dem sie wohnen, es sei denn, der Schulträger hat mit anderen Schulträgern eine Vereinbarung nach § 66 getroffen.“

Abs. 2a: „Schulträger, die keine Schulbezirke nach Absatz 1 a oder keine Schuleinzugsbereiche nach Absatz 2 festlegen, können mit Zustimmung der Schulbehörde für die einzelnen allgemeinbildenden Schulen Kapazitätsgrenzen festlegen. Dabei sind die Vorgaben der Schulentwicklungsplanung, der jeweilige Schulentwicklungsplan und die Notwendigkeiten der Unterrichts- und Erziehungsarbeit zugrunde zu legen.“

Eine Aufhebung der Schulbezirke ist folglich möglich. Jedoch kann es weiterhin bei einer unausgeglichene Anwahl der Grundschulen zu Kapazitätsengpässen kommen. Deshalb ist eine Satzung zur Festlegung von Kapazitätsobergrenzen ratsam. Übersteigt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler die festgelegte Kapazitätsobergrenze der angewählten Grundschule (lt. Erstwunsch der Schullaufbahnerklärung der Eltern), ist ein Auswahlverfahren / Losverfahren durchzuführen (näheres regelt § 4 Abs. 5 der Verordnung zur Bildung von Anfangsklassen und Aufnahme an allgemeinbildende Schulen).

Nachteile Festlegung einer Kapazitätsobergrenze und Durchführung eines Auswahlverfahrens:

- Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus dem OT Darlingerode in Ilsenburg beschult werden.
- Es besteht ein hohes Prozessrisiko
- Es gibt keine / nur geringe Planungssicherheit seitens des Schulträgers
- Das Wunsch- und Wahlrecht ist bei Durchführung eines Auswahlverfahrens zum Teil eingeschränkt

Da bei der Variante mit der Freigabe der Schulbezirke aus Sicht der Verwaltung die Nachteile überwiegen, wird also vorgeschlagen, entsprechend der ersten Variante die Kinder aus Drübeck zukünftig in Ilsenburg zu beschulen.

Da die Drübecker Kinder dann auch wahrscheinlich den Hort in Ilsenburg besuchen würden, würde der Hort in

Darlingerode entlastet werden. Somit ist von einer Qualitativen Verbesserung in Darlingerode auszugehen.

Für den Hort Ilsenburg müssten in der Folge weitere Räume genutzt werden, um für die dann steigenden Kinderzahlen eine optimale Betreuung sicherzustellen. Derzeit ist die Betreuung im Hort auf einer Ebene möglich und erfolgt im Rahmen einer offenen Arbeit.

Im OR Drübeck wurde die Vorlage mehrheitlich empfohlen.

Im Kulturausschuss und im OR Darlingerode wurde die Vorlage nicht empfohlen.

Durch den Hauptausschuss wurde mit 3 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt die Änderung der Schulbezirke in der Form, dass auslaufend ab dem Schuljahr 2021/2022 die Schülerinnen und Schüler aus Ilsenburg und Drübeck (außer Oehrenfeld) in der Grundschule Ilsenburg und die Schüler aus Darlingerode (einschließlich Oehrenfeld) in der Grundschule Darlingerode beschult werden.“

Nach Rücksprache mit dem LK steht es der Verwaltung frei, bei geänderter Lage neu zu entscheiden.

Es folgt noch der Hinweis auf eine durchgeführte Elternbefragung. (Siehe Anlage)

Für Frau Bartkowiak besteht kein Erfordernis zum jetzigen Zeitpunkt den Beschluss zu fassen, da mit Beschluss zum Schulanbau dieser Beschluss unlogisch erscheint.

Frau Doll sieht das ebenso, der Schulanbau ist beschlossen und die Dorfgemeinschaft sollte erhalten bleiben.

Der Bürgermeister erörtert, dass der Beschluss zum Schulanbau schon wichtig ist und sich am Bestand der Darlingeröder Schule auch in Zukunft nichts ändern wird. Mit der Änderung der Schulbezirke sollte vor allem die Situation während der Bauphase entschärft werden.

Herr Bley ergänzt, dass auch durch die Sanierung des alten Baukörpers die Beschulung erschwert werden könnte.

Frau Römling-Germer macht deutlich, dass die Sanierungsmaßnahmen am Altgebäude vorläufig nicht durchführbar sind und sieht es daher auch nicht für erforderlich, die Vorlage zu beschließen.

Her Mischler sieht für eine Änderung der Schuleinzugsbereiche ebenfalls keine Notwendigkeit. Er dankt hier auch noch einmal der Schulleiterin Frau Wilde für ihre Ausführungen beziehungsweise ihre Aussage, dass die Beschulung der prognostizierten Anzahl der Schüler auch unter jetzigen Bedingungen in Darlingerode möglich wäre.

**Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag des Hauptausschusses:
Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen**

**12 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen -Antrag abgelehnt-**

Es folgt die Abstimmung zur Vorlage:

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt die Änderung der Schulbezirke in der Form, dass auslaufend ab dem Schuljahr 2021/2022 die Schülerinnen und Schüler aus Ilsenburg und Drübeck in der Grundschule Ilsenburg und die Schüler aus Darlingerode in der Grundschule Darlingerode beschult werden.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 5 Ja-Stimmen**
- 13 Nein-Stimmen**
- 3 Enthaltungen**
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.5

Vorlage 7.110/2020

Örtliche Bauvorschrift (ÖBV) Nr. 4 - Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes im Ortsteil Drübeck der Stadt Ilsenburg (Harz)

hier:

- Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen**
- Satzungsbeschluss**

BE: Bürgermeister

Anlass für die Aufstellung einer Satzung über örtliche Bauvorschriften zur äußeren Gestaltung baulicher Anlagen für den Ortsteil Drübeck ist das Bemühen um den Erhalt und die Gestaltung des Dorfbildes von Drübeck.

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) hat in seiner öffentlichen Sitzung am 21.06.2017 beschlossen, eine Satzung über örtliche Bauvorschriften zur äußeren Gestaltung baulicher Anlagen für den Ortsteil Drübeck in der Stadt Ilsenburg (Harz) aufzustellen. Er hat den räumlichen Geltungsbereich bestimmt. Gleichzeitig wurde eine Veränderungssperre erlassen. Die Verwaltung wurde beauftragt einen Satzungsentwurf zu formulieren. In seiner Sitzung am 02.10.2018 hat er dem gemeinsam mit dem Ortschaftsrat erarbeiteten Entwurf zugestimmt. Er hat bestimmt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu veranlassen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand durch öffentliche Auslegung in der Zeit vom 29.10.2018 bis zum 30.11.2018 statt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 22.10.2018 informiert und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Im Rahmen eines Rechtstreites wurde die Stadt aufgeklärt, dass zur Aufstellung eigenständiger örtlicher Bauvorschriften kein Beteiligungsverfahren durchgeführt wird. Ausschließlich für sogenannte integrierte örtliche Bauvorschriften in Bebauungsplänen ist das Beteiligungsverfahren nach BauGB erforderlich.

Dennoch sollen nunmehr die eingegangenen Stellungnahmen der Träger sowie die Anregungen von Bürgern vollumfänglich geprüft und abgewogen werden und in die örtliche Bauvorschrift einfließen. Sodann ist die örtliche Bauvorschrift als Satzung zu beschließen.

Bürgermeister verweist auf die vorliegenden Änderungsanträge.

So wurde durch den Bauausschuss beantragt, § 4 Abs. 16 wie folgt zu ändern: Satz 1 soll neu lauten „Solar- und Photovoltaikanlagen dürfen die gesamte Dachfläche einnehmen“.

Der Antrag wurde im Ortschaftsrat und im Hauptausschuss abgelehnt.

Durch Herrn Fahrtmann werden Argumente genannt, die gegen den Erlass der örtlichen Bauvorschriften sprechen.

Den Erlass sieht er für alle 3 Orte als unbegründet.

Zur Beschlussfassung der Veränderungssperre führt er aus, dass ihm ein Schreiben vom Landesverwaltungsamt vorliegt, in dem die Rechtswidrigkeit der Veränderungssperre bestätigt wird.

Das Schreiben wird an die Anwesenden verteilt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er zum Inhalt des Schreibens keine Kenntnis hat und für ihn der Ausgang der Gerichtsentscheidung ausschlaggebend ist.

Vielmehr sieht er mit dem Vorlegen des Schreibens eine Beeinflussung des Stadtrates bei seiner Entscheidung.

Herr Abel bittet die Stadträte, sich der Entscheidung des Ortschaftsrates anzuschließen und die Vorlage zu beschließen. Drübeck hat lange dafür gekämpft.

Herr Dr. Hoehne sieht die örtlichen Bauvorschriften als zu eng gefasst. Dazu hatte er sich auch schon in der Sitzung des Bauausschusses geäußert.

Frau Dähnn versteht die Einschränkungen bei den Solar- und Photovoltaikanlagen nicht, da gerade die ein wichtiger Faktor beim Klimaschutz sind.

Frau Doll schließt sich dem an und bezeichnet diese Einschränkungen als Luxus.

Herr Abel informiert zur Entscheidung des Ortschaftsrates, der sich letztendlich für maximal $\frac{1}{2}$ der gesamten Dachfläche ausgesprochen hat.

Frau Bartkowiak sieht hier Verstöße gegen geltende Rechtsvorschriften.

Frau Schwager-Löwe gibt den Hinweis, dass auf Antrag auch eine größere Nutzung der Dachfläche möglich ist.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag des Bauausschusses:

- Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss

BE: Bürgermeister

Anlass für die Aufstellung einer Satzung über örtliche Bauvorschriften zur äußeren Gestaltung baulicher Anlagen für den Ortsteil Darlingerode ist das Bemühen um den Erhalt und die Gestaltung des Dorfbildes von Darlingerode.

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) hat in seiner öffentlichen Sitzung am 21.06.2017 beschlossen, eine Satzung über örtliche Bauvorschriften zur äußeren Gestaltung baulicher Anlagen für den Ortsteil Darlingerode in der Stadt Ilsenburg (Harz) aufzustellen. Er hat den räumlichen Geltungsbereich bestimmt. Gleichzeitig wurde eine Veränderungssperre erlassen. Die Verwaltung wurde beauftragt einen Satzungsentwurf zu formulieren. In seiner Sitzung am 02.10.2018 hat er dem gemeinsam mit dem Ortschaftsrat erarbeiteten Entwurf zugestimmt. Er hat bestimmt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu veranlassen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand durch öffentliche Auslegung in der Zeit vom 29.10.2018 bis zum 30.11.2018 statt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 22.10.2018 informiert und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Im Rahmen eines Rechtstreites wurde die Stadt aufgeklärt, dass zur Aufstellung eigenständiger örtlicher Bauvorschriften kein Beteiligungsverfahren durchgeführt wird. Ausschließlich für sogenannte integrierte örtliche Bauvorschriften in Bebauungsplänen ist das Beteiligungsverfahren nach BauGB erforderlich.

Dennoch sollen nunmehr die eingegangenen Stellungnahmen der Träger sowie die Anregungen von Bürgern vollumfänglich geprüft und abgewogen werden und in die örtliche Bauvorschrift einfließen. Sodann ist die örtliche Bauvorschrift als Satzung zu beschließen.

Bürgermeister informiert, dass die Vorlage im Ortschaftsrat Darlingerode nicht empfohlen worden ist.

Frau Römling-Germer begründet die Entscheidung des Ortschaftsrates. Dieser hat intensiv dazu beraten und alles abgewogen.

Herr Mischler ergänzt, dass im Ergebnis der Beratung, der OR keine Notwendigkeit dafür gesehen hat, diese Bauvorschrift zu empfehlen.

Die Entscheidung dafür sollte jedem Ort selbst überlassen werden.

Das sollte auch der Stadtrat in seiner Entscheidung berücksichtigen.

Es folgt die Abstimmung zur Vorlage.

Beschlussfassung:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg hat die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in seiner öffentlichen Sitzung am 23.09.2020 geprüft und abgewogen. Das Ergebnis über die Abwägung (Anlage zum Beschluss) ist soweit noch erforderlich in die Planunterlagen sowie in die Begründung einzuarbeiten.**

2. Der Stadtrat beschließt die örtliche Bauvorschrift Nr. 3 über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes im Ortsteil Darlingerode der Stadt Ilsenburg (Harz) als Satzung. Der Begründung wird zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung der Satzung zu veranlassen und das Abwägungsergebnis den Beteiligten mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 1 Ja-Stimmen**
- 10 Nein-Stimmen**
- 10 Enthaltungen**
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.7

Vorlage 7.112/2020

Örtliche Bauvorschrift (ÖBV) Nr. 5 - Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes in bestimmten Straßenzügen der Stadt Ilsenburg (Harz)

hier:

- Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen**
- Satzungsbeschluss**

BE: Bürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) hat in seiner öffentlichen Sitzung am 17.04.2019 beschlossen, eine Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes in bestimmten Straßenzügen der Stadt Ilsenburg (Harz) aufzustellen. Er hat den räumlichen Geltungsbereich bestimmt und dem erarbeiteten Entwurf zugestimmt. Der Stadtrat hat die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bestimmt. Gleichzeitig wurde eine Veränderungssperre erlassen.

Die Satzung soll für bebauten Bereiche wesentlicher Hauptachsen zwischen den Ortseingängen und der Ortsmitte Ilsenburgs (Sanierungsgebiet Kernstadt) das Baugehen im Hinblick auf die Bewahrung und aktive Weiterentwicklung des charakteristischen Ortsbildes Ilsenburgs und dessen prägenden Merkmale positiv beeinflussen. Ziel der bauordnerischen Regelungen ist in positiver Weise auf die äußere Gestalt der baulichen Anlagen einzuwirken. Dies betrifft insbesondere die Gestaltung der Dachlandschaften, -eindeckung und -aufbauten, die Gestaltung der Fassaden wie bspw. der Erhalt von Fachwerkkonstruktionen, die Farbgestaltung dieser einzelnen Bauelemente sowie die Gestaltung von Einfriedungen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand durch öffentliche Auslegung in der Zeit vom 06.05.2019 bis zum 07.06.2019 statt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 02.05.2019 informiert und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Im Rahmen eines Rechtstreites wurde die Stadt aufgeklärt, dass zur Aufstellung eigenständiger örtlicher Bauvorschriften kein Beteiligungsverfahren durchgeführt wird. Ausschließlich für sogenannte integrierte örtliche Bauvorschriften in Bebauungsplänen ist das Beteiligungsverfahren nach BauGB erforderlich.

Dennoch sollen nunmehr die eingegangenen Stellungnahmen der Träger sowie die Anregungen von Bürgern vollumfänglich geprüft und abgewogen werden und in die örtliche Bauvorschrift einfließen. Sodann ist die örtliche Bauvorschrift als Satzung zu beschließen.

Bürgermeister informiert zu den vorliegenden Änderungsanträgen und zieht seinen Antrag vom 16. 11. 20 zurück.

Die Diskussion wird eröffnet.

Herr Fahrtmann spricht sich nicht grundsätzlich gegen die Vorlage aus, aber seiner Auffassung nach sollte sie nur für das bestehende Sanierungsgebiet (Kernstadt) festgelegt werden.

Frau Bartkowiak sieht erhebliche Einschränkungen, die mit Erlass dieser Bauvorschriften gegeben sind. Ihrer Meinung nach sollte hier Darlingerode gefolgt und kein Beschluss gefasst werden.

Geltendes Baurecht ist ausreichend.

Herr Bley sieht das anders. Für ihn sind schon gewisse Festlegungen in einer Bauvorschrift erforderlich. Anträge auf Befreiung sind ja möglich.

Herr Lüderitz bekräftigt ebenfalls die Zustimmung zur Vorlage. Dadurch ist es möglich, die gewachsene Struktur zu erhalten.

Frau Bartkowiak möchte nicht für den Bereich der Kernstadt keine Satzung, sondern sieht sie für die Außenbereiche als überflüssig, da geltendes Baurecht greift.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass historische Gebiete und bestimmte Bautiefen betroffen sind. Ein geschlossenes Bild soll erhalten bleiben.

Herr Fahrtmann geht dahingehend mit, für den historischen Stadtkern die Satzung zu behalten. Eine Erweiterung der Satzung lehnt er ab, da die heutige Entscheidung des Stadtrates erheblichen Einfluss auf künftige Bauvorhaben in den Außenbereichen haben wird.

Er sieht sich hier nicht als „Geschmackspolizei“ und verweist auf gültiges Landesbaurecht.

Der Bürgermeister nennt Beispiele für schlechte Bebauung. Er plädiert nachdrücklich dafür, die Einheitlichkeit des Ortsbildes zu erhalten und verweist auch auf andere Feriengebiete. Man sollte sich nicht unter Wert verkaufen. Ilsenburg ist attraktiv und wer hier bauen will, muss sich dem Stil anpassen.

Herr Mischler stellt den Änderungsantrag des Bauausschusses zur Abstimmung.

Auf Antrag von Herrn Oppermann wird zu den einzelnen Punkten abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 13 Ja-Stimmen**
- 5 Nein-Stimmen**
- 3 Enthaltungen**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.8**Vorlage 7.129/2020****Widmung von Teilen des landwirtschaftlichen Weges als Erschließungsstraße "Am Bokeberg"**

BE: Frau Schwager-Löwe

Herr Oppermann verlässt die Sitzung.

Im Zuge der Ausweisung von Wohnbauflächen durch den B-Plan Nr. 8 „Wohnpark Am Bokeberg“ wird der landwirtschaftliche Weg im Anschluss an die Straße „Am Bokeberg“ von Hangweg bis Wendemöglichkeit in östlicher Richtung als Erschließungsstraße ausgebaut. Es erfolgt ein Deckenschluss zwischen den Betonspurbahnen, so dass eine Fahrbahn in einer Breite von mind. 5,50 m bis 6,00 m entsteht.

Das Wegebauvorhaben „Am Bokeberg“ in der Gemarkung Darlingerode wurde 2004 durch das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten abgeschlossen. Die Zweckbindung betrug 12 Jahre. Somit endete die Frist 2016. Nach diesem Zeitraum bestehen für den Zuwendungsempfänger keine Verfügungsbeschränkungen mehr. Insofern kann die Straße entsprechend der Erfordernisse ausgebaut und dem öffentlichen Verkehr gewidmet werden.

Frau Schwager-Löwe teilt mit, dass der Wortlaut im Beschlussvorschlag im Pkt. 1 geändert worden ist.

Der geänderte Beschlussvorschlag wird verlesen.

Beschlussfassung

- 1. Der Stadtrat der Stadt Ilseburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraße „Am Bokeberg“ Flur 3, Flstk. 724/15 (tlw.) von Hangweg bis zur Wendemöglichkeit in westlicher Richtung auf Höhe des landwirtschaftlichen Weges Flstk. 334/14 als Gemeindestraße.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen.**
- 3. Die bestehende Beschilderung ist entsprechend zu versetzen.**

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 20 davon anwesend**
- 20 Ja-Stimmen**
  - **Nein-Stimmen**
  - **Enthaltung**
  - **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

Herr Oppermann wieder anwesend.

TOP 10.9**Vorlage 7.127/2020**

Bebauungsplan Nr. 8 "Wohnpark Am Bokeberg" im Ortsteil Darlingerode der Stadt Ilsenburg mit integrierten örtlichen Bauvorschriften

hier:

- **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der öffentlichen Auslegung**
- **Satzungsbeschluss**

BE: Frau Schwager-Löwe

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) hat in seiner öffentlichen Sitzung am 25.09.2019 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 8 "Wohnpark Am Bokeberg" im Ortsteil Darlingerode mit integrierten örtlichen Bauvorschriften im Verfahren nach § 13 b BauGB aufzustellen.

Ziel des Bebauungsplans ist auf der ungenutzten Fläche westlich der Straße Am Bokeberg und nördlich der Straße Hangweg einen Wohnpark für altersgerechte Mietwohnungen in Doppelhäusern zu errichten.

Die öffentliche Auslegung wurde in der Zeit vom 20.07.2020 bis 21.08.2020 durchgeführt. Mit Schreiben vom 13.07.2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange um die Abgabe ihrer Stellungnahme gebeten.

Es sind nunmehr die eingegangenen Stellungnahmen aus der Träger- und der Bürgerbeteiligung zu prüfen und abzuwägen.

Der Bebauungsplan Nr. 8 „Wohnpark Am Bokeberg“ mit integrierten örtlichen Bauvorschriften ist sodann als Satzung zu beschließen.

Die Schwerpunkte der eingegangenen Stellungnahmen werden erläutert.

In den Ausschüssen wurde zur Vorlage ausgiebig beraten und die Beschlussfassung empfohlen.

Beschlussfassung:

1. Die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Stadtrat in seiner öffentlichen Sitzung am 18.11.2020 geprüft und abgewogen. Das Ergebnis über die Abwägung ist soweit noch erforderlich entsprechend der Aussagen in der Abwägung (Anlage zum Beschluss) in die Planunterlagen sowie in die Begründung einzuarbeiten.

2. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 8 „Wohnpark Am Bokeberg“ mit integrierten örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Der Begründung wird zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung der Satzung zu veranlassen und das Abwägungsergebnis den Beteiligten mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
  - **Nein-Stimmen**
  - **Enthaltung**
  - **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.10

Vorlage 7.128/2020

Namensgebung der geplanten Erschließungsstraße im Baugebiet "Wienbreite II"

BE: Frau Schwager-Löwe

Der geplanten Erschließungsstraße „Planstraße A“ im Baugebiet des B-Plans Nr. 34 „Wienbreite II“ ist eine Namensbezeichnung zu geben. Der Verlauf der Straße ist dem beiliegenden Auszug aus dem B-Plan zu entnehmen.

Aufgrund der geografischen Lage sind folgende Namensinhalte denkbar: Wienberg oder Saatberg. Die Berge liegen westlich des Neubaugebietes. Im Stadtgebiet sind bereits die „Wienbergstraße“ und die „Wienbreite“ vorhanden.

Vor diesem Hintergrund wird die Namensgebung „Vor dem Saatberg“ vorgeschlagen.

Durch den Bauausschuss wurde der Antrag gestellt, die Straße in „Rektor-Lehmann-Straße“ zu benennen.

Der Hauptausschuss ist dem Antrag mehrheitlich gefolgt.

Es folgt die Abstimmung zum Antrag des Bauausschusses:

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen**

Es folgt die Abstimmung zur geänderten Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Ilseburg beschließt, der geplanten Erschließungsstraße „Planstraße A“ im Baugebiet des B-Plans Nr. 34 „Wienbreite II“ den Straßennamen

„Rektor-Lehmann-Straße“

zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 18 Ja-Stimmen**
- **Nein-Stimmen**
- 3 Enthaltungen**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.11

Vorlage 7.117/2020

Schlussabrechnung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme "Kernstadt" hier: durchzuführende Baumaßnahmen zur Erreichung der Sanierungsziele

BE: Frau Schwager-Löwe

Die Stadt wurde durch das Landesverwaltungsamt aufgefordert, für die städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Kernstadt“ die Schlussabrechnung bis zum 31.12.2020 vorzulegen.

In diesem Zusammenhang wurde mitgeteilt, dass zu diesem Termin noch nicht alle Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen realisiert sein müssen. Entsprechend der vorliegenden Kostenschätzung werden noch ca. 240 T€ weitere Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen erzielt.

Seitens des Landes wurde eingeräumt, auch nach der Schlussabrechnung geplante Baumaßnahmen, die zur Erreichung der Sanierungsziele erforderlich sind, durchzuführen. Diese Maßnahmen können in die Endabrechnung aufgenommen werden.

Die Finanzierung erfolgt aus sanierungsbedingten Einnahmen und weiteren Eigenmitteln der Stadt, eine Bund-Landförderung erfolgt nicht mehr.

Bereits im März 2017 wurden durch Beschluss des Rates noch zu realisierende Maßnahmen als Ziele der Kernstadtsanierung festgelegt.

Unter anderen war es der Straßenausbau in der Straße „Auf der See“, diese Baumaßnahme wird derzeit umgesetzt.

Des Weiteren ist die Erschließung des Baugebietes „Kitzsteinteich“ vorgesehen.

Als zweite Straßenbaumaßnahme steht der Ausbau der Punierstraße (Teilabschnitt im Sanierungsgebiet) noch aus. Ebenso die zwei Verbindungswege Punierstraße bis Schickendamm und Punierstraße bis Vogelgesang.

Für die Erschließungsmaßnahme „Kitzsteinteich“ wurden Kosten in Höhe von 320 T€ veranschlagt. Es ist hier vorgesehen im Jahr 2021 zu beginnen und 2022 die Baumaßnahme abzuschließen.

Für die Straßenbaumaßnahme Punierstraße werden laut Kostenschätzung 281 T€ erforderlich. Die Realisierung soll im Jahr 2022 erfolgen.

Für den Ausbau des Verbindungsweges Punierstraße – Schickendamm wurden 98 T€ und für den Verbindungsweg Punierstraße – Vogelgesang 45 T€ veranschlagt. Die Realisierung kann in den Jahren 2023/2024 erfolgen.

Herr Lüderitz kritisiert, dass sich die Mehraufwendungen nicht im Haushaltsplan wieder spiegeln.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt zur Erreichung der Sanierungsziele die Durchführung der Baumaßnahmen:

Erschließung des Baugebietes Kitzsteinteich,

Straßenausbau des Teilabschnittes Punierstraße,

**Ausbau der Wegeverbindungen Punierstraße – Schickendamm und
Punierstraße - Vogelgesang**

Abstimmungsergebnis:

21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates

21 davon anwesend

21 Ja-Stimmen

- **Nein-Stimmen**

- **Enthaltung**

- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.12

Vorlage 7.118/2020

**Widmung von Erschließungsstraßen im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg:
Darlingeröder Brockenblick, Hangweg, Kirschweg, Tränkegasse**

Die bisherigen Stadt- und Gemeindestraßen wurden per Gesetz öffentliche Gemeindestraßen i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA. Im Zuge der Aufstellung des Straßenbestandsverzeichnisses für den Ortsteil Darlingerode sind öffentlich genutzte Straßen, die nicht unter die Überleitungsregel des § 51 Abs. 3 StrG LSA fallen, noch förmlich durch Ratsbeschluss und Allgemeinverfügung zu widmen.

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraßen

„Darlingeröder Brockenblick“

- von Einmündung „Bokestraße“ bis Bauende „Darlingeröder Brockenblick“
– Flur 3, Flstk. 313/13, 504 (tlw.), 614, 4/26

„Hangweg“

- von Einmündung „Am Bokeberg“ bis Bauende „Hangweg“
– Flur 3, Flstk. 596, 597

„Kirschweg“

- von Einmündung „Bahnhofstraße“ bis Bauende „Kirschweg“
– Flur 2, Flstk. 868, 1648/24, 1660/24

„Tränkegasse“

- von Einmündungen „Darlingeröder Brockenblick“ bis Bauenden „Tränkegasse“
– Flur 3, Flstk. 13/11, 613

als Gemeindestraßen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen, sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
- **Nein-Stimmen**
- **Enthaltung**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.13

Vorlage 7.119/2020

Widmung und förmliche Namensgebung der Erschließungsstraßen im Baugebiet "Halberstädter Weg Süd" im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg: Am Wolfhorn, An der Thingstätte, Halberstädter Weg, Hengelbreite, Kossatenweg, Lauingenring, Weg D

Die im beiliegenden Lageplan gekennzeichneten Erschließungsstraßen, welche sich im Baugebiet Halberstädter Weg Süd befinden sind dem öffentlichen Verkehr zu widmen, um die Eigenschaft einer öffentlichen Straße zu erhalten.

Die Straßen werden bereits unter den Straßennamen „Am Wolfhorn“, „An der Thingstätte“, „Halberstädter Weg“, „Hengelbreite“, „Kossatenweg“, „Lauingenring“ geführt, eine förmliche Namensgebung ist jedoch bisher nicht erfolgt, und soll nunmehr im Zuge der Widmung nachgeholt werden.

Für den „Weg D“ kann noch eine separate Namensgebung erfolgen.

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraßen

„Am Wolfhorn“

- von Einmündung „Halberstädter Weg“ bis Einmündung „An der Thingstätte“ – Flur 3, Flstk. 166/1 (tlw.), 166/33 (tlw.), 167/14, 167/18, 168/17, 169/16, 169/41, 169/97 (tlw.), 367, 493 (tlw.), 1635/179 inkl. Verbindungsweg zum Radweg L85 – Flur 3, Flstk. 493 (tlw.), 169/97 (tlw.) mit der Beschränkung: nur fußläufiger Verkehr

„An der Thingstätte“

- von Einmündung „Hinter den Gärten“ bis Ende Wendehammer „Am Wolfhorn“ – Flur 3, Flstk. 169/100, 171/6, 172/36, 311, 313, 315, 319, 364, 552, 554, 564 (tlw.)

„Halberstädter Weg“

- von Einmündung „Hinter den Gärten“ bis Ausbauende – Flur 3, Flstk. 166/1 (tlw.), 378, 1635/179 (tlw.) und Flur 5, Flstk. 54

„Hengelbreite“

- von Einmündung „Hinter den Gärten“ bis Einmündung „Am Wolfhorn“ – Flur 3, Flstk. 166/33 (tlw.), 167/6 (tlw.), 167/15

„Kossatenweg“

- von Einmündung „Hinter den Gärten“ bis Einmündung „Am Wolfhorn“ – Flur 3, Flstk. 168/4 (tlw.), 169/15 mit dem Verbindungsweg über den Spielplatz mit der Beschränkung: nur fußläufiger Verkehr

„Lauingenring“

- von Einmündung „Am Wolfhorn“ bis Einmündung „Am Wolfhorn“ – Flur 3, Flstk. 170/44, 171/2, 174/36

„Weg D“

- von Einmündung „An der Thingstätte“ bis Einmündung „Halberstädter Weg“ – Flur 3, Flstk. 166/33 (tlw.), 167/6 (tlw.), 167/19 (tlw.), 168/4 (tlw.), 169/3 (tlw.), 170/47, 564 (tlw.) mit der Beschränkung: nur fußläufiger Verkehr

als Gemeindestraßen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
- **Nein-Stimmen**
- **Enthaltung**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.14**Vorlage 7.120/2020****Widmung und förmliche Namensgebung der Erschließungsstraßen im Baugebiet "Halberstädter Weg Nord" im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg: Ahornweg, Weg I**

Die im beiliegenden Lageplan gekennzeichneten Erschließungsstraßen, welche sich im Baugebiet Halberstädter Weg Nord befinden, sind dem öffentlichen Verkehr zu widmen, um die Eigenschaft einer öffentlichen Straße zu erhalten.

Die Straße wird bereits unter dem Straßennamen „Ahornweg“ geführt, eine förmliche Namensgebung ist jedoch bisher nicht erfolgt, und soll nunmehr im Zuge der Widmung nachgeholt werden.

Für den „Weg I“ kann noch eine separate Namensgebung erfolgen.

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraßen

„Ahornweg“

- von Einmündung „Hinter den Gärten“ bis Einmündung „Lange Straße“
– Flur 3, Flstk. 437, 727 zwischen den beiden Wendehämmern mit der Beschränkung: nur fußläufiger Verkehr

„Weg I“

- von Einmündung „Halberstädter Weg“ bis Einmündung „Schloßblick“ – Flur 3, Flstk. 713 (tlw.) mit der Beschränkung: nur fußläufiger Verkehr

als Gemeindestraßen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates

21 davon anwesend

21 Ja-Stimmen

- **Nein-Stimmen**

- **Enthaltung**

- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.15**Vorlage 7.121/2020****Widmung von Erschließungsstraßen im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg: Schützenplatz**

Im Zuge der Aufstellung des Straßenbestandsverzeichnisse für den Ortsteil Darlingerode sind öffentlich genutzte Straßen, die nicht unter die Überleitungsregel des § 51 Abs. 3 StrG LSA fallen, noch förmlich durch Ratsbeschluss und Allgemeinverfügung zu widmen. Es wurden nur die bisherigen Stadt- und Gemeindestraßen per Gesetz öffentliche Gemeindestraßen i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA.

Mit dem Bebauungsplan „Schützenplatz“ wurde die ehemalige Bungalowsiedlung zu einem reinen Wohngebiet entwickelt. In dem im Jahr 2014 rechtskräftig gewordenen B-Plan ist eine öffentliche Straße vorgesehen. Eigentümer der Straßenparzelle ist die Stadt Ilsenburg. Um die Eigenschaft einer öffentlichen Straße zu erhalten und die Grundlage zur Eintragung in das Straßenbestandsverzeichnis zu schaffen, ist die Widmung nachzuholen.

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraßen

„Schützenplatz“

- von Einmündung „Straße der Republik“ bis Bauende „Schützenplatz“
– Flur 1, Flstk. 51/8 (tlw.), 96 (tlw.), 97 (tlw.), 117 (tlw.), 156 (tlw.)

als Gemeindestraße.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
- **Nein-Stimmen**
- **Enthaltung**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.16

Vorlage 7.130/2020

Widmung von Erschließungsstraßen im OT Darlingerode der Stadt Ilsenburg: Weg F

Die bisherigen Stadt- und Gemeindestraßen wurden per Gesetz öffentliche Gemeindestraßen i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA. Im Zuge der Aufstellung des Straßenbestandsverzeichnisse für den Ortsteil Darlingerode sind öffentlich genutzte Straßen, die nicht unter die Überleitungsregel des § 51 Abs. 3 StrG LSA fallen, noch förmlich durch Ratsbeschluss und Allgemeinverfügung zu widmen.

Für den „Weg F“ kann noch eine separate Namensgebung erfolgen.

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat der Stadt Ilseburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraßen

„Weg F“

- von Einmündung „Straße der Republik“ bis Bahnsteig DBAG
  - Flur 2, Flstk. 529 (tlw.), 643 (tlw.), 645 (tlw.), 647 (tlw.), 649 (tlw.) mit der Beschränkung: nur fußläufiger Verkehr

als Gemeindestraßen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechts

behelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates

21 davon anwesend

21 Ja-Stimmen

- **Nein-Stimmen**

- **Enthaltung**

- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.17

Vorlage 7.122/2020

Öffentliche Auslegung des Bestandsverzeichnisses für Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Straßen der Stadt Ilseburg für den Ortsteil Darlingerode

Die Gemeinden haben gemäß § 4 Abs. 2 StrG LSA i.V.m. StrVerzVO ein Bestandsverzeichnis ihrer Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Straßen zu führen. Das Bestandsverzeichnis ist ein amtliches Verzeichnis, das der Klarheit über die Rechtsverhältnisse an der jeweiligen Straße dient.

Gemeindestraßen sind gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA diejenigen öffentlichen Straßen, die überwiegend dem Verkehr innerhalb der Gemeinde oder dem nachbarlichen Verkehr zwischen den Gemeinden oder dem weiteren Anschluss von Gemeinden oder räumlich getrennten Ortsteilen an überörtliche Verkehrswege dienen oder zu dienen bestimmt sind. Andere öffentliche Straßen sind gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 StrG LSA sonstige öffentliche Straßen.

Öffentliche Straßen sind gem. § 2 StrG LSA diejenigen Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Dabei gelten gem. § 51 Abs. 3 StrG LSA die vor dem 03.10.1990 existierenden Stadt- und Gemeindestraßen als öffentliche Gemeindestraßen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA.

Die Rechtswirkungen des StrG LSA treten nach Ablauf einer sechsmonatigen Auslegungsfrist des Bestandsverzeichnisses ein.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt:

1. **Das Bestandsverzeichnis für Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Straßen der Stadt Ilsenburg / OT Darlingerode wird gemäß § 4 Abs. 2 StrG LSA sechs Monate lang zur Einsichtnahme in der Stadtverwaltung Ilsenburg (Harz), Fachbereich Ordnung und Bauen, Harzburger Straße 24, 1. OG, Zimmer 214, ausgelegt.**
2. **Auszüge aus der Liegenschaftskarte und dem Liegenschaftsbuch sind Bestandteil des Bestandsverzeichnisses.**
3. **Die Auslegung zur Einsichtnahme wird gemäß § 4 Abs. 2 Satz 3 StrG LSA eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht.**
4. **Während der sechsmonatigen Auslegungsfrist können Bedenken und Anregungen zum Bestandsverzeichnis schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden.**

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
- Nein-Stimmen**
- Enthaltung**
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.18

Vorlage 7.132/2020

Widmung der Erschließungsstraße im Baugebiet "Am Kamp" im OT Drübeck der Stadt Ilsenburg: Am Nonnenbleek

Die im Baugebiet des B-Plangebietes „Am Kamp“ OT Drübeck gelegene Straße „Am Nonnenbleek“ erhielt im Rahmen des 2. Bauabschnittes ihren Namen mit Beschluss des Stadtrates am 26.11.2014 (6.049/2014). Für den im 2. und 3. Bauabschnitt gelegenen Teil erfolgte die Widmung mit Stadtratsbeschluss vom 24.06.2020 (7.080/2020) am 11.07.2020 im Ilsenburger Stadtanzeiger. Da nunmehr die Straße im Zuge des 4. Bauabschnittes fertiggestellt wurde, ist auch dieser Teil dem öffentlichen Verkehr zu widmen, um die Eigenschaft einer öffentlichen Straße zu erhalten. Die Aufteilung ist dem beiliegenden Lageplan zu entnehmen.

Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt die Widmung der Erschließungsstraße

„Am Nonnenbleek“

- vom Ausbauende 3. Bauabschnitt bis zum Anschluss „Vor dem Steintor“ – Flur 8, Flstk. 226, 235 und 117 (tlw.)

als Gemeindestraßen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung durch Allgemeinverfügung mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen sowie die Straßen in das Straßenbestandsverzeichnis aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
- **Nein-Stimmen**
- **Enthaltung**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.19

Vorlage 7.123/2020

Öffentliche Auslegung des Bestandsverzeichnisses für Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Straßen der Stadt Ilsenburg für den Ortsteil Drübeck

Die Gemeinden haben gemäß § 4 Abs. 2 StrG LSA i.V.m. StrVerzVO ein Bestandsverzeichnis ihrer Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Straßen zu führen. Das Bestandsverzeichnis ist ein amtliches Verzeichnis, das der Klarheit über die Rechtsverhältnisse an der jeweiligen Straße dient.

Gemeindestraßen sind gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA diejenigen öffentlichen Straßen, die überwiegend dem Verkehr innerhalb der Gemeinde oder dem nachbarlichen Verkehr zwischen den Gemeinden oder dem weiteren Anschluss von Gemeinden oder räumlich getrennten Ortsteilen an überörtliche Verkehrswege dienen oder zu dienen bestimmt sind. Andere öffentliche Straßen sind gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 StrG LSA sonstige öffentliche Straßen.

Öffentliche Straßen sind gem. § 2 StrG LSA diejenigen Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Dabei gelten gem. § 51 Abs. 3 StrG LSA die vor dem 03.10.1990 existierenden Stadt- und Gemeindestraßen als öffentliche Gemeindestraßen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA.

Die Rechtswirkungen des StrG LSA treten nach Ablauf einer sechsmonatigen Auslegungsfrist des Bestandsverzeichnisses ein.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) beschließt:

1. Das Bestandsverzeichnis für Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Straßen der Stadt Ilsenburg / OT Drübeck wird gemäß § 4 Abs. 2 StrG LSA sechs Monate lang zur Einsichtnahme in der Stadtverwaltung Ilsenburg (Harz), Fachbereich Ordnung und Bauen, Harzburger Straße 24, 1. OG, Zimmer 214, ausgelegt.
2. Auszüge aus der Liegenschaftskarte und dem Liegenschaftsbuch sind Bestandteil des Bestandsverzeichnisses.
3. Die Auslegung zur Einsichtnahme wird gemäß § 4 Abs. 2 Satz 3 StrG LSA eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht.
4. Während der sechsmonatigen Auslegungsfrist können Bedenken und Anregungen zum Bestandsverzeichnis schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates
- 21 davon anwesend
- 21 Ja-Stimmen
- Nein-Stimmen
- Enthaltung
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken

TOP 10.20

Vorlage 7.133/2020

Aufwandsspaltung sowie Bildung eines Abschnittes zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die erstmalige Herstellung von Einrichtungen für die Oberflächenentwässerung in der Straße "Jungferngasse" im OT Darlingerode von: Einmündung "Straße der Republik" bis: Höhe „Jungferngasse HNr. 1“ (höchster Geländepunkt zur Entwässerung)

Im Zuge der Tiefbauarbeiten im Jahr 2015 der Stadtwerke Wernigerode GmbH zur Neuverlegung von Trinkwasser- und Gasleitungen und durch die gehäuften Starkregenereignisse in den letzten Jahren, hat sich die Stadt Ilsenburg (Harz) entschlossen, auch um Kosten zu senken sich an den Tiefbauarbeiten zu beteiligen. Es wurde ein Regenwasserkanal mit entsprechenden Straßeneinläufen zur Entwässerung der Straßenoberfläche errichtet. Zusätzlich durch diese Arbeiten hat die Jungferngasse eine geschlossene Asphaltdeckschicht erhalten. Während die Herstellung der Straßenentwässerungsanlage beitragspflichtig ist und die Eigentümer der Anliegergrundstücke daran kostenmäßig beteiligt werden müssen, wird die Verkehrsfläche der Jungferngasse aufgrund des Fehlens eines grundhaften Ausbaus nicht umgelegt. Diese Kosten tragen die Stadtwerke und die Stadt Ilsenburg (Harz).

Beschlussfassung:

1. **Der Stadtrat beschließt für die erstmalige Herstellung für die Einrichtung der Oberflächenentwässerung in der Straße „Jungferngasse“ im OT Darlingerode die Aufwandsspaltung.**
2. **Der Stadtrat beschließt für die erstmalige Herstellung für Einrichtungen der Oberflächenentwässerung in der Straße „Jungferngasse“ im OT Darlingerode einen Abschnitt von der Einmündung „Straße der Republik“ bis Höhe „Jungferngasse HNr.1“ (höchster Geländepunkt zur Entwässerung) zu bilden.**

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 20 Ja-Stimmen**
- Nein-Stimmen**
- 1 Enthaltung**
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.21

Vorlage 7.124/2020

Umsetzung der Maßnahme – Umgehungsgerinne Schulhof / Kitzsteinteich

BE: Bürgermeister

Im Ergebnis des Starkregenereignisses 2014 wurde die Suenbachstudie in Auftrag gegeben und 2016 fertig gestellt. Ein Zentraler Punkt sind darin die Maßnahmen Schulhof S4 und der Kitzsteinteich S5 mit hoher Priorität. Die Planungsleistungen LPH 1-4 wurden 2015 beim Landesamt für Altlastenfreistellung als Fördermittelgeber beantragt und im November 2015 bewilligt. Die Planungsleistungen mussten im Anschluss öffentlich ausgeschrieben werden und wurden im April 2016 beauftragt. Die Genehmigungsplanung konnte nach umfangreichen Abstimmungsterminen mit allen Beteiligten am 24.10.2018 bei der Genehmigungsbehörde, der Unteren Wasserbehörde des LK Harz, eingereicht werden.

Parallel zur Erstellung der Genehmigungsplanung wurde per 21.09.2017 ein Antrag zur Förderung der weiteren Planungsleistungen und der Bauausführung beim Landesverwaltungsamt gestellt. Im Verlauf einiger Beratungen mit dem Fördermittelgeber wurde der Stadt Ilsenburg deutlich gemacht, dieses Projekt nicht über das Programm Kommunaler Hochwasserschutz, sondern über das Programm EU-Wasserrahmenrichtlinie fördern zu lassen.

Am 22.02.2018 fand daraufhin eine Beratung beim Unterhaltungsverband Ilse/Holtemme statt, um mögliche Varianten zu erörtern. Im Ergebnis fasste die Versammlung des Unterhaltungsverbandes den Beschluss, dass der Unterhaltungsverband den dementsprechenden Antrag stellt und somit Fördermittelempfänger wird, da nur diesem eine 100% Förderung gewährt wird. Die Stadt Ilsenburg sollte die spätere personelle Umsetzung durchführen. Dazu wurde ein Vertragswerk unter allen Beteiligten abgestimmt.

Der Unterhaltungsverband beantragte am 26.09.2018 die dementsprechenden Mittel, die per Vertrag am 27.08.2020 / 15.09.2020 durch das Landesverwaltungsamt bewilligt wurden.

Dieses Vertragswerk und die Umsetzung dessen soll nunmehr durch den Stadtrat beschlossen werden.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilseburg beschließt den Abschluss eines Vertrages mit dem Interhaltungsverband Ilse-Holtemme und damit die Umsetzung der Maßnahme „Umgehungsgerinne Schulhof / Kitzsteinteich im Suenbachtal“ und bestätigt die Bereitstellung der Mittel im Haushaltsplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
  - **Nein-Stimmen**
  - **Enthaltung**
  - **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.22

Vorlage 7.136/2020

Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben nach § 11 a KiFöG LSA

BE: Bürgermeister

Nach dem im Kinderförderungsgesetz Sachsen-Anhalt (KiFöG) geregelten Finanzierungssystem sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise, kreisfreie Städte) die Adressaten des Betreuungsanspruches sowie der Sicherstellungsaufgabe. Die Gemeinden sind verpflichtet, ein nach Abzug der festen Landes- und Landkreismittel sowie der Kostenbeiträge der Eltern verbleibendes Defizit zu finanzieren (§§ 11, 12 ff KiFöG).

Nach § 11a Abs. 1 Kinderförderungsgesetz Sachsen-Anhalt schließen der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Vereinbarungen über den Betrieb der Tageseinrichtungen mit den freien Trägern der Tageseinrichtungen ab. Dabei verhandeln die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe – also hier der Landkreis Harz - die Entgelte, welche die Defizitfinanzierungsverpflichtung der Gemeinden maßgeblich beeinflussen. Die Kommunen werden zwar an den Verhandlungen beteiligt, gleichzeitig obliegt bisher die endgültige Entscheidung dem Landkreis Harz. In der Folge fallen die Aufgaben der Struktur- und Planungsverantwortung und der Finanzierungsverantwortung auseinander. Solch ein Auseinanderfallen der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung sollte grundsätzlich vermieden werden, da es keine Anreize für ein wirtschaftliches und sparsames Verwaltungshandeln bietet.

Der Landkreis Harz strebt nun an, dass die Vereinbarungen über die Leistung, Qualität und Entgelte durch die kreisangehörigen Kommunen abgeschlossen werden können. Dafür wird vom Landkreis Harz eine Zweckvereinbarung ausgearbeitet, welche die Aufgabenübertragung regelt. Seitens der Stadtverwaltung wird der Vorschlag des Landkreises aus den o. g. Gründen befürwortet. Erforderlich für die Wirksamkeit ist

nach § 45 Abs. 2 Nr. 17 KVG LSA eine Beschlussfassung durch die jeweiligen Vertretungen.

Die Schreiben des Landkreises Harz vom 15.10.2020 und 20.10.2020 sind als Anlage der Beschlussvorlage beigefügt.

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg hat sich bisher immer dafür eingesetzt, die Kompetenz der Zuständigkeit für die Vertragsabschlüsse zurückzuerlangen. Nur dadurch ist ein direkter Einfluss auf die Betriebskosten der Einrichtungen möglich. Deshalb hatte sich die Stadt auch an der Verfassungsbeschwerde gegen die Gesetzesänderung beteiligt, die jedoch leider erfolglos war. Durch Landrat Balcerowski war bereits angekündigt worden, über den Weg einer Zweckvereinbarung dennoch faktisch zum gewünschten Ergebnis zu gelangen.

Für die Verwaltung wäre eine Kostenerstattung von ca. 5 T€ möglich.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg beschließt den Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben nach § 11 a KiFöG LSA zwischen dem Landkreis Harz und der Stadt Ilsenburg.

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 21 Ja-Stimmen**
- **Nein-Stimmen**
- **Enthaltung**
- **Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.23

Antrag 7.131/2020

Antrag der CDU/FW Fraktion für ein Verkehrskonzept zur Beruhigung der Innenstadt und vor allem des Ilsetales

BE: Herr Bley

Herr Berke verlässt die Sitzung.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die zunehmende Besucherflut der Stadt und die Masse der Wanderer das Ilsetal förmlich überrollen. Die angebotenen Parkmöglichkeiten sind sehr schnell aus- und überlastet, so dass häufig Ausfahrten, enge Straßen uvm. zugeparkt werden. Dies sehr zum Ärger der Anwohner aber auch häufig zum Problem für Rettungskräften. Desweiteren wissen Besucher nicht das der angebotene Parkraum ausgelastet ist. Sie suchen nach einem Platz und fahren letztendlich frustriert in den nächsten Ort. Dieser Suchverkehr in den engen Straßen des oberen Stadtbereiches ist problematisch - auch für Anwohner. Zudem quälen sich Wohnmobile, die immer größer Ausmaße annehmen, durch die engen Straßen und verursachen zusätzliche Risiken für den Verkehr.

Eigentlich erstaunlich, dass noch nichts Schwerwiegendes geschehen ist. Wenn wir also den Charakter der Stadt und den Charme des Ilsetales erhalten wollen, ist es unumgänglich die Verkehrsströme hier herauszuhalten. Der obere Stadtbereich ab Mühlenstraße, Punierstraße, Auf der See und Buchbergstraße ist nur noch für Anlieger freizugeben. Aber auch annehmbare Parkangebote für Gäste sind zu schaffen. Wir dürfen den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor der Stadt nicht außen vorlassen.

Es ist nicht einfach bestimmte Bereich zu sperren, es müssen Alternativen gefunden werden, die von Dauer sind. Dies ist sicherlich auch mit einem hohen Kostenaufwand verbunden, weil über Straßenbeschilderung, Verkehrsleitsysteme, Parkplätze/ Parkhäuser und alternativer Beförderungsmöglichkeiten nachgedacht werden muss. Jedoch richtig angefasst sollte dieser Aufwand eventuell auch förderbar sein?

Nach Absprache mit dem Bürgermeister weiß ich, dass die Verwaltung zu diesen Problemen tätig ist. Wir halten es aber für sinnvoll, dass auch der Rat zur Untermauerung der Vorhaben einbezogen wird.

Übrigens handelt es sich um eine nicht coronabedingte momentane Situation. Dieses Problem ist schon lange bekannt und bedarf endlich einer umfassenden Lösung.

Durch Herrn Lüderitz wird der Antrag unterstützt. Er bittet, dass auch die OT in das Verkehrskonzept mit aufgenommen werden, da es auch hier viele Schwerpunkte gibt. Er nennt u.a. das Freibad und den Schützenplatz in Darlingerode und den Bereich Kloster Drübeck.

Herr Berke wieder anwesend.

Frau Böttcher abwesend.

Der Bürgermeister informiert, dass es zum Konzept für Ilsenburg mit Frau Alshut erste Abstimmungen gab und 3 Büros ein Angebot für die Planung abgegeben haben.

Dazu fand bereits auch schon ein Termin beim Wirtschaftsministerium statt. Der Bürgermeister plädiert dafür, vorerst das Verkehrskonzept nur auf die Kernstadt zu belassen.

Herr Lüderitz stellt den Antrag, die OT in das Konzept mit einzubeziehen. Als Kompromiss könnte die Einbeziehung der OT auf die Waldzugänge begrenzt werden.

Frau Böttcher wieder anwesend.

Es folgt die Abstimmung zum Antrag von Herrn Lüderitz:

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

7 Enthaltungen

-Antrag angenommen-

Es folgt die Abstimmung zur Vorlage mit der Änderung, die OT mit einzubeziehen.

Beschlussfassung:

Zur Erstellung eines Verkehrskonzeptes zur Sicherheit und Beruhigung der Verkehre im Innenstadtbereich und im Ilsetal und damit verbunden ein

Parkraumkonzept zur sicheren Aufnahme der Fahrzeuge von Gästen der Stadt wird die Verwaltung beauftragt:

- 1. Ein Ingenieurbüro, zur Erstellung des o.g. Konzeptes zu beauftragen.**
- 2. Die Verwaltung möge alle Möglichkeiten zur Fördermittelbeschaffung ausloten, ggf. in Zusammenarbeit mit der Tourismus GmbH der Stadt Ilsenburg.**

Abstimmungsergebnis:

- 21 Anzahl der Mitglieder des Stadtrates**
- 21 davon anwesend**
- 20 Ja-Stimmen**
- Nein-Stimmen**
- 1 Enthaltung**
- Mitglied des Stadtrates waren aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG-LSA) gehindert an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken**

TOP 10.24

Antrag 7.099/2020/1

Antrag von Herrn Walter Göhler von der Bürgerinitiative "Pro Drübeck" e. V. hier: Überarbeitung der Bürgerumfrage zur Versorgungslage und zur Verbesserung der Infrastruktur im Ortsteil Drübeck

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

Der öffentliche Sitzungsteil wird geschlossen.

TOP 17

Schließung der Sitzung

Herr Mischler verweist auf die sehr umfangreiche Tagesordnung und erklärt, dass er dieser nur auf Grund von „Corona“ zugestimmt hat.

Künftig sollte auch wieder separat in einer Sitzung zum Haushalt beraten werden.

Die Sitzung wird um 21.21 Uhr geschlossen.

Jens-Peter Mischler
Vorsitzender

Birgit Krietsch
Protokoll